

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt tags vorher Nachm. 4 Uhr. Abonnements-Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pf., zweimonatlich 1 M., einmonatlich 50 Pf.

Einzelne Nummern 10 Pf.

Postzeitungsbestellliste 6848.

Alle kaiserl. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen Bestellungen auf die „Sächsische Elbzeitung“ an.

# Sächsische Elbzeitung.

## Amtsblatt

für das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadtgemeinderat zu Hohnstein.

Mit „Musikl. Sonntagsblatt“.

Mit humor. Beilage „Feierblasen“.

Mit „Landwirtschaftl. Beilage“.

Inserate, bei der zweiten Verbreitung d. M. von großer Wirkung, sind Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens vormittags 9 Uhr aufzugeben. Preis für die gespaltene Corpusteil ober deren Raum 12 Pf. (tabellarische und komplizierte nach Vereinbarung).

„Angefaßt“ unterm Strich 80 Pf. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Annahmestellen: In Schandau: Expedition Zankstraße 184, in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureau von Haasenstein & Vogler, Invalidenbank und Rudolf Rosse, in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Nr. 27.

Schandau, Dienstag, den 3. März 1903.

47. Jahrgang.

### Amtlicher Teil.

#### Bekanntmachung.

Nachdem gestern die eidl. Verpflichtung des bisherigen Stadtverordneten **Herrn Fabrikbesitzer J. Eugen Kaul** als Ratsmitglied auf Zeit erfolgt ist, machen wird dies hierdurch bekannt.

Gleichzeitig bringen wir nachstehend die Namen der Mitglieder der städtischen Kollegien zur öffentlichen Kenntnis.

Schandau, am 28. Februar 1903.

**Der Stadtrat.**

Wick, Bürgerm.

Es.

#### a. Ratskollegium.

- Wick, Oskar, Louis, Otto, Bürgermeister.
- Thomas, Karl August, Schmiedemeister, stellv. Bürgerm.
- Schneider, Karl August, Destillateur.
- Zeitschel, Karl Arthur, Kaufmann.
- Nichter, Karl Emil, Stößermeister.
- Kaul, Julius Eugen, Fabrikbesitzer.

#### b. Stadtverordneten-Kollegium.

- Morand, John James Theodor, Postdirector, Vorsteher.
- Niehle, Gustav Adolf, Steinbruchpächter, stellv. Vorsteher.
- Göh, Otto Erwin, Schneidermeister.
- Tröger, Gustav Eduard, Tischlermeister.
- Böhme, Ernst Otto, Kaufmann.
- Berg, Franz Gustav Adolf, Schiffahrtinspektor.
- Arnold, Oskar Arthur, Privatier.
- Zorn, Friedrich Heinrich, Woz. Baumeister.
- Stephan, Max Alexander, Hutmacher.
- Schmann, Friedrich Gottlieb Richard, Baumeister.
- Schinke, Gustav Adolf, Schiffbaumeister.
- Schnabel, Friedrich Gustav, Kürschnermeister.
- Sering, Ernst Ludwig Heinrich, Wandmaler.
- Ulrich, Karl Richard, Kaufmann.

#### Bekanntmachung.

Das Abreißen von Heidel- und Preiselbeerkrant in den städtischen Waldungen, sowie die Beschädigung von Bäumchen durch Erwachsene und Kinder hat sehr überhand genommen und sehen wir uns daher genötigt, solchen Unfug bei Geldstrafe bis zu 20 M. oder entsprechender Haftstrafe wie hiermit geschieht zu verbieten, soweit nach den bestehenden Gesetzen nicht härtere Strafen einzutreten haben.

Gleichzeitig bringen wir das Verbot bezüglich des unerlaubten Streuholens aus den städtischen Waldungen in Erinnerung.

Schandau, am 28. Februar 1903.

**Der Stadtrat.**

Wick, Bürgermstr.

Es.

#### Bekanntmachung, Reblaus betreffend.

Unter Bezugnahme auf das in § 4 des Reichsgesetzes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung der Reblauskrankheit vom 3. Juli 1883, allgemein ausgesprochene Verbot der Verwendung und Einführung bewurzelter Reben machen wir hierdurch bekannt, daß auch das Verbringen sogenannter **Blindreben** (zur Anpflanzung neuer Rebanlagen bestimmter unbewurzelter Reben) aus denjenigen Kluren, in denen bisher die Reblaus gefunden worden ist, in andere Gegenden bei 150 M. Strafe für jeden Zuwiderhandlungsfall verboten worden ist.

Schandau, am 28. Februar 1903.

**Der Stadtrat.**

Wick, Bürgerm.

#### Holzversteigerung: Hinterhermsdorfer Staatsforstrevier.

Montag, den 9. März 1903, Vorm. 1/10 Uhr, im Hotel „Sächsischer Hof“ in Erbzig:

730 weiche Stämme, 9256 weiche und 43 harte Klöcher.

Kgl. Forstrevierverwaltung Hinterhermsdorf und Kgl. Forstrentamt Schandau, am 27. Februar 1903.

v. Egidy.

Looss.

### Richtamtlicher Teil.

#### Politisches.

Se. Majestät der Kaiser erschien am Freitag vormittag beim General der Infanterie von Werder, dem ehemaligen deutschen Botschafter am Petersburger Hofe, und beglückwünschte ihn in einer Ansprache herzlich zu seinem 80. Geburtstag. Zugleich überreichte der Monarch dem Jubilar die Krone des Hohenzollernschen Hausordens, die er ihm eigenhändig umhängte. Auch sonst wurde dem General, der sich bekanntlich in seiner langjährigen diplomatischen Stellung am russischen Hofe ganz erhebliche Verdienste um die freundschaftlichere Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland erworben hat, zahlreiche Ehrungen zu seinem 80. Geburtstage zuteil. Die Kaiserin ließ General von Werder ihr Bild mit eigenhändiger Unterschrift überreichen. Die offizielle „St. Petersburger Bta.“ widmete dem General von Werder anlässlich der Feier seines 80. Geburtstages einen ungemein herzlichen Artikel, in demselben das erfolgreiche Wirken des Jubilars um die Pflege eines guten Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland selbst in schwierigen Zeiten hervorhebend.

Mit einiger Spannung kann man der bevorstehenden Abstimmung im Bundesrat über die vom Reichsanwalt Grafen Bülow im Reichstage angeforderte Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes entgegensehen. Bis jetzt gilt es nur als sicher, daß einerseits Preußen (18 Stimmen) und Bayern (6 St.) für, andererseits Sachsen (4 St.), Württemberg (4 St.) und Braunschweig (2 St.) gegen die Aufhebung des § 2 stimmen werden. Ueber die Stellungnahme der übrigen Bundesregierungen in dieser Prinzipienfrage ist noch nichts Bestimmtes bekannt. In Berliner politischen Kreisen nimmt man indessen an, daß im Bundesrate eine, wenn vielleicht auch nicht sehr große, Mehrheit für den preussischen Antrag auf Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes vorhanden ist. Im Ganzen repräsentieren die vereinigten Bundesregierungen im Bundesrate 58 Stimmen.

Im Reichstage wurde die Etatsdebatte am Freitag durch die allgemeine Debatte über die Novelle zum Krankenlaffengesetz abgelöst. Die Vorlage enthält im wesentlichen folgende Abänderungen des jetzigen Krankenlaffengesetzes: Ausdehnung der Krankenunterstützung von 13 auf 26 Wochen im Höchstfall, Erweiterung der Zahlungspflicht an Wächnerinnen von 4 auf 6 Wochen, Zulassung der Krankenversicherung auch gegenüber Geschlechtskranken, größere Sicherung der Krassen gegen Pflichtverletzungen der Kassenverwaltende oder Kassierer. Staatssekretär Boladowsky leitete die Diskussion mit einer klaren und sachlich gehaltenen Rede zur Begründung der jetzt dem Reichstage vorgeschlagenen Abänderungen, resp. Ergänzungen des Krankenlaffengesetzes ein. Zugleich warf der Regierungsvertreter Ausblicke auf die weitere Gestaltung der sozialpolitischen Versicherungs-gesetzgebung des Reiches, andeutend, daß eine Verschmelzung der Gesetze über die Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung zu einem einzigen Arbeiterfürsorgegesetz geplant sei. Im übrigen richtete Staatssekretär Graf Boladowsky den dringlichen Appell an den Reichstag, die Novelle zum

Krankenversicherungsgesetz noch in der laufenden Legislaturperiode zur Verabschiedung zu bringen. In der weiteren Debatte stimmten fast alle Parteien durch die vorgeschickten Redner den Grundzügen der Novelle zu, nur die Sozialdemokraten waren wieder nicht zufrieden, ihr Sprecher, Abgeordneter Wolfenbüttel, erklärte, daß seiner Partei der Inhalt der Krankenlaffengesetz-Novelle noch lange nicht genüge. Indessen wurden wenigstens bei mancherlei Einzelheiten der Regierungsvorlage Bedenken von verschiedenen Seiten laut. Namentlich hatten die Abgeordneten Gomp (Reichsp.) und Endemann (nat.-lib.) gar manches an der Vorlage auszusprechen, während sich die Abgeordneten Spahn (Zentrum), von Richthofen (kons.), Langmann (fr. Volksp.), Hoffmeister (fr. Volksp.), Hoffmann-Dillenburg (nat.-lib.), Arendt (Reichsp.) und Köstke-Dissau (fr. Vereinig.) im großen und ganzen zustimmend zu derselben äußerten. Erfreulicherweise gab sich allseitig die Reizung zu erkennen, die Novelle noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages zu erledigen. Am Sonnabend nahm das Haus die Staatsberatungen wieder auf, und zwar beim Postetat.

Das preussische Abgeordnetenhaus führte am Freitag die Beratung des Etats der Staatsbahnverwaltung zu Ende. Am Sonnabend verhandelte es über die Interpellationen betreffs Regulierung der unteren Elbe und Oder und betr. Ausbaues des Dortmund-Rhein-Kanals.

Das durch den Rücktritt des Herrn von Bitter erledigte Oberpräsidium von Posen ist nunmehr in der Person des bisherigen Regierungspräsidenten in Königsberg von Waldow, n.u. besetzt worden. Die Berufung dieses in weiteren Kreisen ziemlich unbekanntem Beamten auf den verantwortungsvollen und schwierigen Posten eines Oberpräsidenten von Posen kommt einigermaßen überraschend; welche Gründe für seine Ernennung zum Nachfolger des Herrn von Bitter ausschlaggebend gewesen sind, das wird die Welt wohl bald erfahren. Wie aus einer bezüglichen Mitteilung der „Nordd. Allg. Ztg.“ erhellt, ist zugleich auch die Wiederbesetzung der erledigten Regierungspräsidentenposten in Düsseldorf, Amsberg, Köslin und Magdeburg erfolgt.

In Karlsruhe in Obersachsen hat am Freitag die feierliche Beisetzung des Herzogs Nikolaus von Württemberg im Beisein zahlreicher Fürstlichkeiten, an ihrer Spitze König Wilhelm von Württemberg, Herzog Albrecht von Württemberg und Prinz Friedrich Heinrich von Preußen, letzterer als Vertreter des Deutschen Kaisers stattgefunden.

Der neue Exnerprozeß vor dem Leipziger Schwurgericht zieht sich nun stark schon in die zweite Woche hinein, denn am nächsten Mittwoch wird sein 14. Verhandlungstag sein. Die Beweisaufnahme schreitet aber auch nur äußerst langsam vorwärts, da es der Angeklagte Exner versteht, mit großer Geschicklichkeit und Geschwindigkeit sich in den Mantel der getränkten Unschuld zu hüllen. Schließlich werden ihm jedoch alle seine „Mäxchen“ wohl schwerlich etwas helfen!

Das österreichische Herrenhaus hat jetzt gleich dem Abgeordnetenhaus der Wehrvorlage zugestimmt, doch

brauchte die Pairskammer zur vollständigen Erledigung der Vorlage nur eine einzige Sitzung. Sofort nach der Annahme der Wehrvorlage auch seitens des Herrenhauses ist letztere vom Kaiser sanktioniert worden.

Mit den französischen Staatsfinanzen sieht es augenblicklich nicht so besonders glänzend aus, was u. A. auch die Bemühungen des Finanzministers Rouvier bekunden, durch verschiedene Zollausschlüsse die Staatsfinanzen wieder zu bessern. Von diesen Maßnahmen ist auch das russische Naphtha betroffen worden, welches von der Deputiertenkammer nach dem Antrage Rouviers mit einem Eingangszoll von 1/4 Frck. belegt worden ist, ohne Rücksicht auf das „befreundete und verbündete“ Rußland. In Petersburg ist man denn auch stark verschuppt über diese Rücksichtslosigkeit des französischen Bundesgenossen gegenüber dem russischen Naphtha, und ein oskneimend vom Petersburger Auswärtigen Amte inspirierter Artikel in der „Nowosti Wremja“ droht den Franzosen ziemlich unverhüllt, daß nicht nur die Handelsbeziehungen, sondern auch die politischen Beziehungen Frankreichs zu Rußland eine empfindliche Störung erleiden würden, falls der französische Zoll auf russisches Naphtha bestehen bleiben sollte. Vielleicht nimmt sich das Pariser Parlament diese Drohung des neueren Verbündeten doch zu Herzen und befreit das russische Naphtha nachträglich wieder von dem Eingangszoll! Inzwischen hat Rouvier auch im Ministerrate die Notwendigkeit dargelegt, neue Hilfsquellen zur Herstellung des Gleichgewichts im Budget zu erschließen.

Der Papst nahm am vergangenen Freitag im Thronsaal des Vatikans die Glückwünsche des diplomatischen Korps anlässlich seines 25jährigen Pontifical-Jubiläum entgegen. Dies ist um so bemerkenswerter, als Leo XIII. in den letzten Tagen wieder einmal recht unpäßig war; es waren denn auch abermals Gerüchte über das angeblich bedenkliche Befinden des Papstes aufgetaucht. Indessen scheinen dieselben übertrieben zu haben, denn sonst wäre er wohl schwerlich in der Lage gewesen, die Herren vom diplomatischen Korps empfangen zu können.

In Portugal ist das Ministerium Pinze-Ribeiro wegen mannichfacher Meinungsverschiedenheiten in seinem Schooße zurückgetreten. Indessen beauftragte der König den bisherigen Ministerpräsidenten Pinze-Ribeiro sofort mit der Neubildung des Kabinetts.

Die Pforte tut, als wolle sie allen Ernstes an die rasche Durchführung der ihr von Rußland und Oesterreich aufgedrungenen Reformen für Mazedonien gehen. Die betreffenden Vorschläge befinden sich in den zuständigen Ministerialreferats bereits in Ausarbeitung, wie aus Konstantinopel berichtet wird. Indessen trauen die Mächte der Pforte nicht, denn die fremden Konsuln in den Vilajets Saloniki, Kossowo und Monastir werden von ihren Regierungen die Anweisung erhalten, genau die Durchführung des Reformwerkes zu überwachen. Was das Sensationsgerücht von der angeblichen Erwartung des neuernannten russischen Konsuls in Mitrowiza, Schtscherbina, anbelangt, so soll es unbegründet sein.